

Haushaltsrede Bernhardswald 2026

Dr. Merten Niebelschütz (Fraktionsvorsitzender B90/Die Grünen)

*Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
sehr geehrte Damen und Herren,*

wir beraten heute den Haushaltsplan der Gemeinde Bernhardswald für das Jahr 2026. Ein Haushalt, der solide aufgestellt ist, der wichtige Zukunftsentscheidungen enthält – und der zugleich sehr deutlich macht, unter welchen strukturellen Rahmenbedingungen kommunale Politik mittlerweile stattfinden muss.

Zunächst möchte ich – auch im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – der Verwaltung, der Kämmerei und allen Beteiligten herzlich danken. Der Haushaltsentwurf ist übersichtlich, nachvollziehbar und realistisch gerechnet. Das ist die Grundlage für verantwortungsvolle Entscheidungen.

Der Gesamthaushalt 2026 umfasst rund 19,2 Millionen Euro, davon gut 12,2 Millionen Euro im Verwaltungshaushalt. Der Haushalt ist ausgeglichen, die Pflichtzuführung wird erreicht. Das ist positiv und zeigt, dass Bernhardswald weiterhin umsichtig und solide wirtschaftet. Gleichzeitig müssen wir aber feststellen: Der finanzielle Spielraum bleibt eng.

Ein wesentlicher Faktor dabei ist nach wie vor die Kreisumlage. Der Landkreis hat den Umlagesatz um drei Prozentpunkte gesenkt. Das ist richtig und war auch dringend notwendig. Für Bernhardswald wirkt sich diese Senkung allerdings nur sehr begrenzt aus. Durch die gestiegene Umlagekraft unserer Gemeinde steigt die Kreisumlage unter dem Strich trotzdem um rund 50.000 Euro. Die Senkung führt also vor allem dazu, dass wir nicht deutlich stärker belastet werden, als es sonst der Fall gewesen wäre.

Hier ist wichtig festzuhalten: Der Landkreis ist nicht der Schuldige. Er steht selbst unter enormem Druck. Auch er muss Aufgaben finanzieren, die von Bund und Land beschlossen wurden, ohne dass eine ausreichende Finanzierung mitgegeben wird. Der Landkreis hat hier faktisch keine echte Wahlmöglichkeit.

Dieses Muster setzt sich leider durch alle Ebenen fort. Der Bezirk kämpft mit den finanziellen Folgen des Bundesteilhabegesetzes. Der Landkreis steht massiv unter Druck durch steigende Kosten in der Jugendhilfe. Und die Gemeinden stehen mit der Ganztagsbetreuung sehr wahrscheinlich vor der nächsten großen Pflichtaufgabe, bei der die laufenden Kosten am Ende bei uns hängen bleiben.

Politische Entscheidungen werden oben getroffen, die Umsetzung wird nach unten durchgereicht – und die Rechnung landet ganz unten. Das ist kein einmaliger Effekt, sondern ein strukturelles Problem der Finanzierung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Wer Aufgaben bestellt, muss sie auch bezahlen. Das ist aus unserer Sicht eine zentrale Forderung kommunaler Politik.

Der Ausbau der Ganztagsbetreuung ist richtig und notwendig. Er ist wichtig für Bildungsgerechtigkeit und für Familien in unserer Gemeinde. Aber ein Rechtsanspruch ohne auskömmliche Finanzierung hilft niemandem. Wenn die dauerhaft hohen Betriebskosten bei den Gemeinden bleiben, wird aus einer guten Idee schnell ein erhebliches Haushaltsrisiko.

Ein zentrales Projekt des Haushalts 2026 ist die neue Kinderkrippe. Sie ist bereits eröffnet und in Betrieb, wird aber in diesem Haushaltsjahr finanziell vollständig abgewickelt. Besonders hervorheben

möchten wir die Entscheidung für eine nachhaltige Holzbauweise. Diese Entscheidung zahlt sich gleich mehrfach aus.

Insgesamt fließen rund 925.000 Euro an Fördermitteln in dieses Projekt – aus Programmen der KfW, aus BayFAG-Mitteln, aus der Holzbau-Förderung sowie aus Zuschüssen für Heizung und Brandschutz. Gleichzeitig leistet die Holzbauweise einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz durch CO₂-Speicherung und eine gute energetische Qualität. Und nicht zuletzt verbessert sie ganz konkret die Betreuungsqualität: ein angenehmes Raumklima, gute Akustik und gesunde Materialien kommen sowohl den Kindern als auch dem Personal zugute. Die Kinderkrippe ist damit ein sehr gutes Beispiel dafür, wie sich soziale Infrastruktur, Wirtschaftlichkeit und Klimaschutz verbinden lassen.

Ein weiterer Punkt, der uns besonders wichtig ist, ist die kommunale Wärmeplanung. Im Haushalt 2026 stehen dafür 20.000 Euro bereit. Das wirkt auf den ersten Blick vielleicht überschaubar, ist aber von enormer Bedeutung für die Zukunft unserer Gemeinde.

Ohne eine kommunale Wärmeplanung wissen viele Bürgerinnen und Bürger schlicht nicht, was sie tun sollen. Welche Heiztechnik ist langfristig sinnvoll? Welche Fördermittel lohnen sich? Und wie wird die Energieversorgung in zehn oder zwanzig Jahren aussehen?

Bernhardswald ist eine klassische Ölheizungs-gemeinde. Viele Haushalte stehen in den nächsten Jahren vor grundlegenden Entscheidungen. Ohne eine klare Planung besteht die Gefahr, dass die Menschen bei steigenden und teilweise explodierenden Preisen für Öl und Gas alleine gelassen werden. Die Wärmeplanung schafft hier dringend benötigte Orientierung, Planungssicherheit und eine Grundlage, um Förderprogramme gezielt und sinnvoll zu nutzen. Diese 20.000 Euro sind nur der erste Schritt – aber ein längst überfälliger. Ohne Planung gibt es keine Steuerung, ohne Steuerung keine verlässliche und bezahlbare Wärmeversorgung.

Zum Schluss möchte ich noch auf die Entwicklung der Grundsteuer eingehen. Wir haben der damaligen Umsetzung der Grundsteuerreform im Gemeinderat nicht zugestimmt. Nicht, weil wir zusätzliche Einnahmen für die Gemeinde grundsätzlich ablehnen – sie helfen dem Haushalt –, sondern weil die Verteilung aus unserer Sicht nicht gerecht ist.

Die Zahlen zeigen deutlich eine Verschiebung: Die Grundsteuer B auf Wohnraum ist spürbar gestiegen, während die Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Flächen deutlich gesenkt wurde. Auch wenn die Mehreinnahmen der Gemeinde finanziell gut tun, sehen wir hier eine unausgewogene Belastung. Diese Frage wird uns auch in Zukunft politisch weiter beschäftigen.

Der Haushalt 2026 ist insgesamt solide gerechnet, er setzt wichtige Schwerpunkte bei Kinderbetreuung, Planung und Zukunftsvorsorge. Gleichzeitig macht er aber sehr deutlich, dass die kommunalen Haushalte strukturell immer stärker unter Druck geraten.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird dem Haushalt 2026 zustimmen

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.